

Pressemitteilung

Umfrage zur elektronischen Patientenakte: Mehrheit findet Opt-out-Regelung gut

Hoyer: „Noch viel Informations- und Überzeugungsarbeit zu leisten“

Berlin, 13. Dezember 2023

Morgen findet im Bundestag die abschließende 2./3. Lesung zum Digital-Gesetz (DigiG) statt. Laut einer aktuellen Online-Befragung unter 10.000 Personen von Ende November finden 62,9 Prozent der Befragten die darin enthaltene Opt-out-Regelung zur elektronischen Patientenakte gut. 21,1 Prozent lehnen die Regelung ab, 12,4 Prozent sind unentschieden.

Die Opt-out-Regelung sieht vor, dass die elektronische Patientenakte (ePA) ab 2025 für alle Versicherten automatisch angelegt wird – es sei denn, man widerspricht aktiv. „Mit dem neuen Verfahren wird für alle Versicherten eine ePA angelegt, ohne dass sie sich aktiv darum kümmern müssen. Dies wird der Digitalisierung im Gesundheitswesen hoffentlich Schubkraft verleihen. Das Befragungsergebnis macht deutlich, dass es für diese Neuregelung ganz überwiegend Zustimmung in der Bevölkerung gibt“, sagt Jens Martin Hoyer, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes.

Die Befragung zeigt außerdem, dass aktuell etwa jeder fünfte Befragte (21,3 Prozent) Widerspruch gegen das Anlegen der persönlichen Patientenakte einlegen will. Knapp die Hälfte der Befragten (49,3 Prozent) will dies nicht tun, sehr viele Menschen (18,7 Prozent) sind noch unentschieden oder geben an, die neue

Regelung noch nicht zu kennen (10,7 Prozent). „Diese Ergebnisse machen deutlich, dass viel Informations- und Überzeugungsarbeit vor uns liegt. Viele Menschen reagieren noch skeptisch und wissen zu wenig über die Vorteile der elektronischen Patientenakte“, so Hoyer. Um Unsicherheiten auszuräumen, brauche es im kommenden Jahr eine breit angelegte Informationskampagne, an der sich auch die AOK aktiv beteiligen werde.

Die Umfrage ist vom AOK-Bundesverband beim Meinungsforschungsinstitut Civey beauftragt worden. Im Rahmen der bundesweiten, repräsentativen Studie sind vom 16. bis zum 20. November 2023 insgesamt 10.000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürger ab 18 Jahren online befragt worden.